Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 27 (1925)
Heft: 4: §

Artikel: Ideen und Interessen in den politischen Parteien [Fortsetzung]
Autor: Schindler, Dietrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-748632

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

IDEEN UND INTERESSEN IN DEN POLITISCHEN PARTEIEN

(Fortsetzung)

VI

Die *katholisch-konservative Partei* befand sich in einer wesentlich anderen Stellung. Als Minderheitspartei konnte sie in eidgenössischen Dingen keine führende Rolle spielen, wenn es ihr auch mehrfach gelang, die von den Mehrheitsparteien geplanten gesetzgeberischen Änderungen zu verhindern. Ihre Politik bestand im wesentlichen darin, für die Wahrung der Rechtsstellung des katholischen Konfessionsteiles zu sorgen.[1]) Ihre Bestrebungen waren daher in erster Linie konfessioneller und — in politischer Beziehung — konservativer Natur. Bald wurde das eine, bald das andere mehr betont. Im Jahre 1894 wurde die « *katholische* Volkspartei »[2]) gegründet, wenige Monate nach Konstituierung der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz und als Antwort darauf. Dies war die erste gesamtschweizerische politische Organisation der Katholisch-Konservativen, der einige Dauer beschieden war.[3]) Nach 1898 zerfiel aber dieser Parteiorganismus und erst am 22. April 1912 kam die neue, heute noch bestehende Partei zustande, welche sich den Namen « *Konservative* Volkspartei » gab.[4]) Die Namengebung war in beiden Fällen umstritten, im Jahre 1894 war die Aufnahme der Bezeichnung « konservativ », anno 1912 die Benennung als « katholische» oder einfach « schweizerische Volkspartei » verlangt worden, doch waren die Anträge in Minderheit geblieben. Auf dem

---

[1]) Winiger in Reichesbergs *Handwörterbuch*, III, S. 265/6.

[2]) Früher war der Ausdruck „katholisch-konservativ" gebraucht worden, der heute für die Bezeichnung der Parteifraktion in der Bundesversammlung Verwendung findet.

[3]) Über die Gründung siehe *Vaterland* vom 21. und 24. April 1912. Nach § 1 der Statuten ist die Partei „die Organisation der Katholiken der Schweiz und ihrer politischen Gesinnungsgenossen anderer Konfessionen".

[4]) J. Winiger, *Bundesrat Dr. Zemp*, 1910, S. 319 ff.

Parteitag vom 23. September 1923 wurde die Umtaufe in « katholisch-konservativ » beantragt, aber abgelehnt. So zeigt der Streit um den Namen den Kampf einer mehr politischen und einer mehr konfessionellen Strömung in der Partei. Doch darf dieser terminologischen Frage kein besonderes Gewicht beigelegt werden; die Partei ist in erster Linie die Organisation der Katholiken: was sie zusammenhält, ist die Konfession.

Natürlich musste sich auch diese Partei mit wirtschaftspolitischen Fragen auseinandersetzen. Ihre ersten Vertreter in der obersten Exekutive, der 1891 in den Bundesrat gewählte Zemp, hatte als Vorsteher des Post- und Eisenbahndepartements eine eminent wirtschaftspolitische Aufgabe durchzuführen: die Eisenbahnverstaatlichung.[1]) Das war nun eine Aufgabe, welche den Bestrebungen der Partei, wenn auch nicht direkt widersprach, so doch fern lag. Die Eisenbahnverstaatlichung trug denn auch Verwirrung in ihre Reihen: Bundesrat Zemp trat für das Rückkaufsgesetz ein, während eine Delegiertenversammlung der Partei — ihrerseits wieder im Widerspruch mit einer starken kantonalen Parteigruppe — sich dagegen aussprach. Die Volksabstimmung vom 20. Februar 1898, die zugunsten der Freunde der Eisenbahnverstaatlichung ausfiel, versetzte der katholischen Volkspartei den Todesstoß: die Delegiertenversammlung wurde nach 1898 nie mehr einberufen. Wie sich die Partei zu den übrigen Vorlagen wirtschaftspolitischer Natur stellte, kann nicht im einzelnen untersucht werden, doch sei noch erwähnt, dass sie zu der neuesten wirtschaftspolitischen Vorlage, der Revision von Art. 41 des Fabrikgesetzes, offiziell nicht Stellung nahm, ja die Frage am Parteitage vom September 1923 nicht einmal diskutierte, da die Meinungen so sehr auseinandergingen. So gilt heute noch, was Winiger 1911 feststellte: dass bei dem Versuche, auch bei den die religiös-konfessionellen Interessen zunächst nicht berührenden Fragen ein einheitliches Vorgehen zu erzielen, die Organisation wiederholt versagt hat. In solchen Erscheinungen zeigt sich der wahre Charakter der Parteien: was sie auseinandertreibt, ist ihrem Wesen fremd, was sie zusammenhält, entspricht ihrem eigentlichen Lebensprinzip.

---

[1]) Winiger in Reichesbergs *Handwörterbuch*, III, S. 271.

Die katholisch-konservative Partei ist keine Wirtschaftspartei, sie ist auch keine rein politische Partei, die Motive ihres Handelns liegen auf religiös-konfessionellem Gebiet. Ihre Natur entspricht ihrem Programm — eine Feststellung, die ausdrücklich zu machen, nicht überflüssig ist.

VII

Ein ganz anderes Gesicht zeigt die *sozialdemokratische Partei*. Ihr Charakter ist nicht so einheitlich, wie derjenige der katholisch-konservativen Partei. Die Sozialdemokraten haben im Laufe der Zeit nicht nur der Zahl nach bedeutend zugenommen, sondern auch mehrfach innere Wandlungen durchgemacht. Doch kann man sie heute charakterisieren als Wirtschafts- und als Klassenpartei. Dass der Sozialismus alles Interesse ökonomischen Fragen zuwenden muss, folgt schon aus seiner theoretischen Grundlage, und lehrt doch die sog. materialistische Geschichtsauffassung, dass die letzten Ursachen alles Geschehens, auch des geistigen, wirtschaftlicher Natur seien. Doch das hätte nicht genügt, ihn zur Klassenpartei zu machen. Dazu kommt vielmehr noch der besondere Inhalt der sozialistischen Lehren von Marx, welche für die Besitzlosen ebenso verlockend, wie für die Besitzenden verderblich scheinen und so diese zwei Gruppen trennen müssen. Am meisten wirken aber praktische Gründe: die Gleichheit der Arbeitsbedingungen und der ökonomischen Schwierigkeiten, sowie das Zusammenleben in Städten, das für die Erzeugung und Ausbreitung der spezifischen sozialistischen Lebensstimmung besonders günstig ist. Es ist diese Stimmung, das „proletarische Klassenbewusstsein" und nicht eine Theorie, welche die Partei tatsächlich zusammenhält.

Aber nicht das allein, sondern auch die enge Verbindung der Partei mit den Gewerkschaften macht sie zur ausgesprochenen Klassenpartei. Es wurde zwar einmal versucht, die politische Bewegung von der gewerkschaftlichen zu trennen und letztere auf einen zentralen Boden zu stellen. Dafür setzte sich vor allem Greulich am Luzerner Arbeitertag von 1899 ein, und es wurde denn auch beschlossen, dass der schweizerische Gewerkschaftsbund und seine Berufsverbände und Vereine sich auf partei-

politisch und religiös neutralen Boden stellen solle.[1]) Der Gewerkschaftsbund revidierte 1900 seine Statuten in diesem Sinne. Aber die Neutralisierung konnte tatsächlich nicht durchgeführt werden, weil der Zusammenschluss zwischen den katholischen Arbeitervereinen und den Gewerkschaften sozialistischen Ursprungs nicht gelang. Ob dieses Misslingen mehr der Haltung der Gewerkschaften zuzuschreiben ist, welche die verlangte Neutralität tatsächlich nicht hielten[2]) oder ob der Misserfolg mehr dadurch herbeigeführt wurde, dass die katholischen Arbeiter den neutralen Gewerkschaften (welche von den schweizerischen Bischöfen 1900 missbilligt worden waren), nicht beitraten, sondern eigene, konfessionelle Berufsvereine gründeten,[3]) sei hier nicht näher untersucht. Es wirkte wohl beides zusammen. Jedenfalls wurde schon 1902 die politische Neutralität mit Stillschweigen umgangen, 1906 wurde sie ausdrücklich aufgegeben und erklärt, der Bund sei die gemeinsame Organisation aller „auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsorganisationen der Schweiz".[4]) Die sozialistische und klassenkämpferische Geistesrichtung des Gewerkschaftsbundes hat in den Statuten von 1920 ihren Niederschlag gefunden.[5])

Die Verbindung zwischen Gewerkschaftsbund und sozialdemokratischer Partei wurde während des Krieges verengert. Vorher hatten die beiden Organisationen nur durch ihre Zentralinstanzen formelle Beziehungen miteinander unterhalten.[6]) Der Zusammenschluss schritt vorwärts und gipfelte in dem berüchtigten Oltener Aktionskomitee, das Grimm bezeichnet als „Vereinigung der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, die Zusammenfassung des Klassenkampfes unter einer einheitlichen Leitung". Schon vorher, im Demonstrationsstreik vom 30. August 1917 hatte „die klassenbewusste Arbeiterschaft die wie Bleigewicht an ihr hängenden Fremdkörper im schweize-

---

[1]) Greulich in Reichesbergs *Handwörterbuch*, I, S. 94, und Merk, ebenda II, S. 345.

[2]) Wie Herkner, *Die Arbeiterfrage*, 6. Aufl., II, S. 112, ausführt.

[3]) Hans Farner, *Die Geschichte des schweizerischen Arbeiterbundes*, 1923, S. 97.

[4]) *Die sozialistische Bewegung in der Schweiz 1848–1920*, 1923, S. 49.

[5]) A. Saxer in *Politische Rundschau*, 3. Jahrg., S. 9: „Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung der Gegenwart".

[6]) Robert Grimm, *Revolution und Massenaktion*, 1919, S. 8.

rischen Arbeiterbund[1]) und im Verband schweizerischer Konsumvereine abgestoßen" und „Partei und Gewerkschaften enger aneinander geschweißt". „Der Weltkrieg hat der Partei und der Arbeiterbewegung einen neuen Inhalt gegeben, die mühsame Werbearbeit von Jahrzehnten ersetzt und im großen Maßstabe die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit dem Sozialismus vollzogen." [2])

Rekrutiert sich somit die Sozialdemokratie aus ganz bestimmten Bevölkerungsklassen — so dass für sie die Trennungslinie der Klassen zugleich die Grenzlinie der Partei ist — so finden doch diese Klassen nicht ihre ausschließliche Vertretung durch die Sozialdemokratie. Die Trennung unter den Gewerkschaften setzt sich auf das politische Gebiet fort. An nichtsozialistischen Arbeiterorganisationen besitzen heute der christlich soziale Arbeiterbund der Schweiz, der Schweizerische Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter, der Landesverband freier Schweizer Arbeiter.[3]) Der christlich-soziale Arbeiterbund besteht seinerseits aus fünf Verbänden und umfasst annähernd 70,000 Mitglieder. In politischer Hinsicht ist er als Sektion in die schweizerische konservative Volkspartei eingegliedert. Die vier Vertreter der Christlich-Sozialen gehören im Nationalrat zur katholisch-konservativen Fraktion.[4]) Das zeigt deutlich genug, dass sich diese Bewegung auf einem vom heutigen Sozialismus wesentlich verschiedenen Boden befindet.

Die Verbindung von Klasse und Partei, welche die Sozialdemokratie mit größter Konsequenz vertritt und in der Prinzipienerklärung des Parteiprogramms von 1920 mit den Worten ausdrückt: „Unter den heutigen Verhältnissen vollzieht sich die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Form des Klassenkampfes" war etwas neues in der schweizerischen Partei-

---

[1]) 1887 geschaffen als Grundlage des gleichzeitig errichteten schweizerischen Arbeitersekretariates. Wegen seiner Vielgestaltigkeit wurde er schon bei der Gründung von A. Steck bezeichnet als „ein Ungetüm mit dem roten sozialdemokratischen Kopf, dem weissen wirtschaftlich-opportunistischen Rumpf (den Krankenkassen) und dem langen schwarzen Schwanz (den katholischen Vereinen)". Er löste sich Ende 1920 auf. Vgl. zitierte Schrift von Hans Farner und den Aufsatz von Greulich.

[2]) Robert Grimm, *Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen*, 1920, S. 405.

[3]) Vgl. den zitierten Aufsatz von Saxer.

[4]) G. Baumberger, Artikel „Christlich-soziale Bewegungen" im *Historisch-biographischen Lexikon der Schweiz*, 16. Faszikel, S. 576.

geschichte. Die Parteien, die beim Aufkommen der Sozialdemokratie bestanden, setzten sich aus Angehörigen aller Gewerkschaftsschichten zusammen und waren in ihren Grundsätzen keineswegs auf eine bestimmte Gruppe zugeschnitten. Allerdings sagt auch die erwähnte Prinzipienerklärung, die Arbeiterschaft ringe nach „Beseitigung jeder Klassenherrschaft" und die Diktatur, die man erstrebe, sei nur eine „Übergangsphase". Aber, selbst wenn man in diesen Behauptungen den Ausdruck einer ehrlichen Überzeugung sehen will, so darf nicht vergessen werden, dass in der Politik das Mittel leicht zum Selbstzweck wird und dass über dem Getöse des proletarischen Klassenkampfes das feine Gehör für die „Wohlfahrt und gesicherte Zukunft des ganzen Volkes"[1]) verloren gehen muss. Die Sozialdemokratie kennt nur allzugut die Wahrheit des Satzes, „dass Massen in materiellen Interessen und vereinfachten Leidenschaften der Selbstliebe leichter ihren Einigungspunkt finden, als in den höheren geistigen Zielen und Werten" (Troeltsch).

Das Bedenkliche dieser Erscheinung liegt nicht nur in ihr selbst, sondern in der Rückwirkung auf die andern Parteien. Indem eine Klasse sich als Partei organisiert, entzieht sie ihre Angehörigen den andern Parteien. Diese müssen sich daher zum größten Teil aus den übrigen Bevölkerungsschichten rekrutieren und laufen dadurch Gefahr, hinsichtlich ihrer Zusammensetzung selbst zu Klassenparteien zu werden. Allerdings nur hinsichtlich der *Zusammensetzung*. Ob sie Klassen*politik* treiben, hängt von dem Geiste ab, der sie beseelt. So macht es einen wesentlichen Unterschied aus, ob eine Partei in den Interessen einer Klasse oder im Wohle der Gesamtheit ihr Ziel sieht. Die theoretischen Ziele mögen zwar gelegentlich aus den Augen verloren werden, aber sie wirken doch als Kompass, der auf die Dauer die Richtung der Parteipolitik bestimmt.

Es hängt mit der Verteilung der Parteien über die Schweiz zusammen, dass unter dieser unerwünschten Rückwirkung der sozialistischen Klassenpolitik mehr die freisinnig-demokratische, als die katholisch-konservative Partei zu leiden hat. Wie weit

---

[1]) Im Schlusspassus der erwähnten Prinzipienerklärung als Ziel erklärt.

Klasse und Partei tatsächlich zusammenfallen ist allerdings nicht sicher zu erkennen. Eine genaue statistische Erfassung ist nicht möglich, da das Wahlgeheimnis eine Zusammenstellung der einzelnen Wähler nach Beruf, Einkommen usw. einerseits, Stimmabgabe anderseits, nicht zulässt. Immerhin ist anläßlich der Wahl des Großen Stadtrates von Zürich vom Jahr 1916 die interessante Feststellung gemacht worden, dass in den einzelnen Stadtkreisen die Wähler der Linksparteien (Sozialdemokraten und Christlichsoziale) zu den Wählern der Rechtsparteien (Freisinnige, Demokraten, ehemalige Bürgerpartei) annähernd im gleichen Zahlenverhältnis stehen, wie die Arbeiter zu den Selbständigen und Angestellten der betreffenden Stadtkreise.[1]) Daraus würde sich ergeben, dass die Arbeiter fast ganz für die Linksparteien, die Selbständigen und Angestellten zum größten Teil für die Rechtsparteien stimmen. Aber dieser Schluss, der selbst für die Stadt Zürich nicht zwingend ist, darf keineswegs auf Gebiete Anwendung finden, die eine andere soziale und wirtschaftliche Struktur aufweisen.

Jedenfalls drängte die weitgehende Ablösung der Lohnarbeiterschaft von der freisinnig-demokratischen Partei diese nicht zu einer, den Konsumenteninteressen des Arbeiters entgegengesetzten Produzentenpolitik, denn die Bildung besonderer Bauernparteien wurde gerade mit der Notwendigkeit der stärkeren Betonung des bäuerlichen Produzentenstandpunktes begründet.

VIII

Die *Bauernparteien* sind eine neue Erscheinung. Den äußeren Anstoß zur Bildung bot die Einführung der Proportionalwahl für einige kantonale Großräte (zum erstenmal wirkte so die Einführung des Proporzes im Kanton Zürich 1917)[2]) und 1918 für den Nationalrat. Die bisherigen Organisationen bildeten sich auf kantonalem Boden, eine allgemein-schweizerische Bauernpartei existiert nicht. Die bestehenden Parteien sind nicht in dem Maße die politische Vertretung der Bauernschaft, wie die

[1]) Statistik der Stadt Zürich, Heft Nr. 23, 1918, S. 30. Es ist dies m. W. die einzige Feststellung dieser Art in den schweizerischen Veröffentlichungen über politische Statistik.

[2]) E. Laur, *Bauernpolitik*, 1919, S. 35.

Sozialdemokratie die Vertretung der Arbeiterschaft ist, da in vielen Kantonen die Bauern bei den historischen Parteien geblieben sind. Die ungleiche Verteilung dieser Partei über die Schweiz zeigt sich in ihrer Vertretung im Nationalrat: von den 30 Mitgliedern der Bauern-, Gewerbe- und Bürgergruppe stellt Bern allein siebzehn und Zürich sieben, während sich die elf verbleibenden auf sechs weitere Kantone verteilen.[1]) In dieser Fraktion sind somit siebzehn Kantone nicht vertreten, trotzdem die landwirtschaftliche Bevölkerung sich ziemlich gleichmäßig über das ganze Land verteilt.

Will man sich über die politischen Motive dieser Partei Rechenschaft geben, so orientiert man sich am besten bei ihrem ersten Förderer und Kenner, Prof. Laur. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, die neue Organisation sei eine reine Interessenpartei, welcher eine höhere Auffassung der politischen Aufgaben und Pflichten fehle.[2]) Und er entwickelt in der Tat Gedanken über „Die schweizerische Bauernpolitik im Lichte einer höheren Lebensauffassung",[3]) welchen die andern Parteien aus ihrer neueren Parteiliteratur kaum etwas Gleichwertiges an die Seite stellen können. Wohl scheint bei den Bauernparteien „die Erhaltung der Landwirtschaft und des Bauernstandes den Mittelpunkt der Aufgabe zu bilden. Diese ist aber nicht Selbstzweck, sie steht im Dienste des Haupt- und Endziels aller Politik und menschlichen Wohlfahrtpflege: Bedingungen zu schaffen, unter denen die seelische Entwicklung des Menschengeschlechtes am besten gedeiht."

Aber: war es dazu erforderlich, besondere Bauernparteien zu gründen? Ist nicht dieses Endziel dasjenige der andern Parteien? Vor allem: es ist nicht möglich, in der Politik ein ferneres und ein näheres Ziel zu haben; das nähere Ziel absorbiert so sehr die Aufmerksamkeit, Arbeitskraft und Zeit der Politiker, dass das fernere Ziel aus den Augen verloren wird. Und wenn eine Partei aus den Angehörigen einer besonderen Erwerbsgruppe gebildet wird, so kann es gar nicht anders sein, als dass die besonderen Wirtschaftsinteressen dieser Gruppe in der Parteipolitik an erster

---

[1]) Schwyz 1, Basel-Stadt 1, Schaffhausen 2, Aargau und Thurgau je 3, Waadt 1.
[2]) a. a. O., S. 9, und in der *Neuen Zürcher Zeitung* 1924, Nr. 1279, 1284 und 1473.
[3]) a. a. O. S. 9—38.

Stelle stehen. Selbst wenn die leitenden Persönlichkeiten andere Ziele verfolgen wollten, so könnten sie es nicht, denn eine Partei bestimmt ihre Handlungen nicht immer aus sich allein, sondern zu manchen wird sie gedrängt durch die Einseitigkeit der anderen Parteien. Diese Einseitigkeit kann aber gerade daher kommen, dass jenen Parteien die Angehörigen einer bestimmten Wirtschaftsgruppe entzogen worden sind. Eine Partei findet ihre Eigenart in denjenigen Eigenschaften, welche sie von den anderen Parteien *unterscheiden*, nicht in denjenigen, die sie mit den andern gemein hat. Das sind aber bei den Bauern bestimmte wirtschaftliche Zielpunkte. — Dies kommt denn auch in der Rechtfertigung für die Gründung besonderer Bauernparteien deutlich genug zum Ausdruck. Die Rechtfertigung liege einmal in der sozialdemokratischen Politik und sodann in der Entwicklung der bürgerlichen Parteien. Laur[1]) sagt: „In der Schweiz hat die ganze sozialdemokratische Bewegung immer mehr einen bauernfeindlichen Charakter angenommen, und das Schwergewicht ihrer Tätigkeit ist gegen alles gerichtet, was dem Bauernstande nützt. — Gleichzeitig hat sich aber in einem Teil der bürgerlichen Parteien eine Umwandlung vollzogen. Ihre Leitung liegt vorwiegend in den Händen städtischer Kreise. Dort macht sich aber der Einfluss der Beamten und Festbesoldeten immer stärker geltend. — Keine bürgerliche Partei wagt es, grundsätzlich und offen zu erklären, wir stehen für eine *Preispolitik* ein, welche dem Bauer einen angemessenen Arbeitslohn und Verdienst sichert ..." — Aus diesen Ausführungen und aus der bisherigen Politik der Bauernparteien, vor allem in eidgenössischen Fragen, dürfte sich ergeben, dass auch die Bauernpartei ihrem spezifischen Charakter nach eine Wirtschaftspartei ist.[2]) Das ist schließlich auch deshalb nicht verwunderlich, weil der schon lange vor der politischen Bauernorganisation entstandene schweizerische Bauernverband und seine Zentralstelle, das Bauernsekretariat, in erster Linie wirtschaftliche Ziele verfolgen und in den neuen Organisationen, die aus den alten her-

---

[1]) a. a. O. S. 34/5.

[2]) Die umfangreichste Organisation dieser Art, diejenige des Kantons Bern, geht über die rein bäuerlichen Kreise hinaus und nennt sich (wie die Fraktion des Nationalrates) Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. Über ihr Tätigkeitsprogramm *Neue Berner Zeitung*, 16. September 1924.

ausgewachsen und von ihnen entscheidend beeinflusst worden sind, eine mehr als zwanzigjährige Tradition nicht so leicht aufgegeben werden konnte.

Interessant ist, dass eine Loslösung besonderer Bauernparteien von der katholisch-konservativen Partei nicht stattgefunden hat. Das mag einmal daran liegen, dass diese Partei „für die bäuerliche Wirtschaftspolitik besonderes Verständnis gezeigt hat".[1]) Anderseits erklärt sich dieser Erscheinung daraus, dass in den mehrheitlich katholischen Kantonen die konfessionellen Motive die wirtschaftspolitischen Motive überragen, so dass nur erstere, nicht letztere parteibildend wirken. Wie lange das noch der Fall sein wird scheint fraglich. Die kürzlich erfolgte Gründung eines katholischen Bauernverbandes im Kanton Aargau spricht eher für das Aufkommen ökonomischer Interessen in bisher überwiegend konfessionell beeinflussten Kreisen.

Bei der Entstehung von Bauernparteien ist wieder die freisinnig-demokratische Partei der leidtragende Teil. Auf der einen Seite vom Großteil der Arbeiterschaft, auf der andern von den Bauern (allerdings nur teilweise) verlassen, wird die soziale Basis, auf die sie sich stützt, immer schmäler. Trotzdem entspricht diese Partei noch am ehesten den Anforderungen, welche an eine *politische* Partei gestellt werden müssen, d. h. an eine Partei, welche weder konfessionelle, noch klassenmäßige, noch wirtschaftliche Interessen zur Grundlage ihres Programms macht. Dies kommt zum Ausdruck in den Worten des Fraktionspräsidenten: „Unsere Partei hat sich die Wahrung der Interessen des gesamten Vaterlandes zur Aufgabe gemacht, der Interessen, die erhaben sind über die einzelnen materiellen und Sonderinteressen und Kräfte. Es ist gerade in der Zeit der Proportionalwahlen eine der schönsten und höchsten Aufgaben unserer Partei, sich immer wieder an diese Aufgabe zu erinnern. Sie wird das Schweizervolk mehr und mehr zur Überzeugung bringen, dass diese Zielpunkte hoch über den materiellen Begehren stehen, welche die Gruppierung einzelner Parteien zur Folge gehabt haben ..."[2]) Darauf darf wohl ohne propagan-

[1]) Laur, S. 35.
[2]) Ständerat Bolli, *Politische Rundschau*, 1924, S. 252.

distische Absicht hingewiesen werden. Dieser Charakter der freisinnig-demokratischen Partei ist schließlich nicht verwunderlich, stammt sie doch aus einer Zeit, in der die Parteibildung zur Hauptsache nach politischen, nicht nach klassenmäßigen oder wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgte.

IX

Es ist eine weitverbreitete Meinung, die Auflösung der Parteien in Interessengruppen sei eine Folge des Verhältniswahlsystems. Das ist nur insoweit richtig, als die Einführung des Proporzes die Zersplitterung begünstigt hat, indem sie wichtige Hindernisse, die im Mehrheitssystem liegen, beseitigte. Aber der Proporz wäre nicht angenommen worden, wenn nicht die Tendenz zur Zersetzung schon vorhanden gewesen wäre, wenn nicht — paradox genug — die Mehrheit der Bürger sich bereits irgendwie als zu einer Minderheit gehörig gefühlt hätte. Tatsächlich gibt es heute in den Ländern mit Proportionalsystem nur noch Minderheitsparteien.

Wenn dies auch schlimm genug ist, da es die Arbeit der Parlamente sehr erschwert, so dürfte doch jene innere Wandlung der Parteien auf die Dauer bedenklicher sein, denn sie stellt unser politisches Leben auf eine ungesunde Grundlage. Es ist eine alte Wahrheit, dass Interessenparteien unerwünscht sind, aber sie darf immer wieder aus neuen Gesichtspunkten betrachtet werden.

Vorerst seien darüber einige früher, von den heutigen Verhältnissen unbeeinflusste Urteile von Männern wiedergegeben, deren Autorität niemand bestreiten wird. Jellinek[1]) nennt nationale und religiöse Parteien „unechte Parteien, weil jede echte Partei ein bestimmtes umfassendes Programm für die Gestaltung des Staates haben muss, was weder vom Standpunkte einer bestimmten Nationalität, noch von dem einer bestimmten Religion aus möglich ist." Schmoller[2]) sagt: „Keine Klasse sei auf die Dauer emporgekommen, die nicht zugleich Staat und Volkswirtschaft im ganzen förderte, keine sei gesunken, die nicht zugleich ihre Pflichten gegen das Ganze vergaß. — Keine untere

[1]) *Allgemeine Staatslehre*, 3. Aufl., S. 116.
[2]) *Grundriss der allgemeinen Volkswirtschaftslehre*, II, S. 638.

Klasse kann dauernd emporkommen, wenn sie bloß mit Knütteln dreinschlägt, nur Hass und Unverständnis den oberen Klassen entgegensetzt, nur unausführbaren Utopien nachjagt." Prof. Burckhardt[1]) ist der Ansicht, dass „eine Mehrheit von Interessenten, die sich lediglich zur Verfolgung ihres Vorteils verbinden, ohne sich auf eine Begründung ihrer Forderungen einzulassen, nicht als eine berechtigte, ja überhaupt nicht als Partei angesehen werden kann. — Ihr Motiv ist Eigennutz und ihre Taktik Oppositionismus." Prophetisch muten die Worte an:[2]) „Es ist heute eine neue Gefahr, dass sich die Interessentenverbände als politische Parteien betätigen, um einen unmittelbaren Einfluss auf die Rechtsordnung zu gewinnen. Solche Verbände verfallen beinahe notwendig der Einseitigkeit, auch wo sie meinen, im Dienste des allgemeinen Wohles zu stehen. Der Bauernbund, der sich als solcher am politischen Kampfe zu beteiligen beginnt, wird dieser Gefahr nicht entgehen. Die sozialdemokratische Partei verfolgt in bewusster Ausschließlichkeit die Interessen der Arbeitnehmer ... Wenn es dazu kommen sollte, dass in den eidgenössischen Räten die Vertreter der Landwirtschaft, des Klein- und Großgewerbes, der Arbeiter und Arbeitgeber, und vielleicht noch anderer Interessengruppen, einander gegenüberstünden, würde die Politik im Egoismus und die Diskussion im Feilschen bestehen." Geschrieben 1914; und heute!

DIETRICH SCHINDLER

---

[1]) Über die Berechtigung der politischen Parteien in: *Politisches Jahrbuch der schweizerischen Eidgenossenschaft*, XXVIII (1914), spez. S. 168 ff.

[2]) a. a. O. S. 173/4.